

Popo-Touching im Trierer Stadtrat: Satt sich gegenseitig auf die Schulter, sollten die Allerwertesten des Stadtrates sich zum Jahresende lieber einmal gegenseitig auf denselben Allerwertesten klopfen! Verdient hätten sie es lange schon. Besonders aber, wenn man die letzte Entscheidung zur Sicherung des Schulwegs für die Kürenzer Grundschul Kinder bedenkt: Einstimmig mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Wie kann eine solche, sachlich völlig lächerliche Entscheidung möglich sein?

Da ereifert sich das Mitglied der FWG Hans-Alwin Schmitz ausführlich und wortreich gegen die verfehlte Schulpolitik des Rates, der mehrheitlich die Schließung der Kürenzer Grundschule zu verdanken ist, und beklagt die Folge dieses kollektive beschlossenen Unsinn, die Bahnunterführung in der Avelsbacher Straße nun verkehrssicherer für die Grundschul Kinder gestalten zu müssen (TV, 21/22.12.13). Gleichzeitig werden jedoch die Schüler/innen der St. Eckbert-Grundschule in Trier-Ost von ihren Eltern in das keineswegs geschlossene, sondern in das jetzt von ihnen zwischengenutzte Grundschulgebäude nach Kürzen anscheinend derart rücksichtslos „gekarrt“, dass Altkürenz nun unsicherer denn je für Fußgänger geworden ist (vgl. Diskussionen auf 16.vor). - Sein Wort in Gottes Ohr!

Irgendwie scheinen die Worte von Alwin Schmitz (FWG) aber überhaupt nicht den kurzen Weg zu seinen direkt neben ihm im Stadtrat sitzenden Parteigenossen genommen zu haben, geschweige zu den Stadtratsmitgliedern der anderen Fraktionen. Denn laut TV hat die gesamte Fraktion der FWG – einschließlich Alwin Schmitz (sic!) für die völlig unzureichende Verwaltungsvorlage abgestimmt! Was soll denn – so wird man wohl fragen müssen - vor diesem Hintergrund einer absoluten „Taubheit“ der FWG-Genossen/innen der Beitrag ihres Ehrenvorsitzenden Manfred Maximini auf 16.vor bedeuten, in dem er vollmundig schreibt: „Vor der Landesgartenschau wurde den Kürenzern eine verkehrsentlastende Anbindung in Richtung Höhenstadtteile zugesagt. Heute wird weiter auf der Höhe gebaut, wodurch der Durchgangsverkehr eine erhebliche Gefährdung darstellt. Das trifft auch auf die Grundschul Kinder im Bereich der Bahnunterführung ‚Avelsbacherstrasse‘ zu. Es wird scheinbar erst gehandelt, wenn etwas passiert ist“ (16.vor, 20.12.13). Das griechische Wort „Hypokrisie“ heißt „Heuchelei“. Das ist der Fachausdruck der Theologie der Befreiung für dieses Phänomen, dass nicht nur die FWG im Stadtrat durchsäuert hat, sondern alle Fraktionen in ihm. Ohne Ausnahme auch den Stadtvorstand, der – wie man liest – bei der ganzen Debatte im Rat verstummt geschwiegen hat. Dabei sind die Worte von Manfred Maximini keineswegs gänzlich falsch. Ja, sie sind sogar ziemlich wahr, wenn man einmal davon absieht, dass die FWG ebenfalls – außer schöne Alibireden zu halten - nichts Handfestes im Rat unternommen hat.

Dabei wäre es die Aufgabe der Dezernentinnen Frau Birk (Schulamt) und Frau Kaes-Torchiani (Bauamt) gewesen, plausibel zu erklären, weshalb der zuvor vom Ortsbeirat formulierte Brief vom 02.12.13 an die Stadtverwaltung auf den beiden Sitzungen der verantwortlichen Dezernatsausschüsse II und III vom 05.12.13 weder nicht schriftlich vorlag noch mündlich von der Verwaltung erwähnt wurde, wie Bernd Michels (CDU) in einer E-Mail an die Ortsbeiratsmitglieder Kürenz am 15.12.13 mitteilte. Er schrieb:

„Schulwegsicherung, Vorlage: 418/2013

Die Vorlage steht auf der Tagesordnung des STR am 19.12.2013. Unsere Anregung liegt der Verwaltung und allen Fraktionen vor. Seitens der Verwaltung war zugesagt worden zu unserer Auffassung Stellung zu beziehen. Bislang ist überhaupt nichts passiert. Ich hatte auch nichts anderes erwartet. Soviel zum Thema „Bedeutung der Ortsbeiräte“.

Meine Hoffnung, dass die Verwaltung vielleicht zu einem Ortstermin einlädt, damit die Vorschläge erörtert werden können, war wohl doch zu naiv und blauäugig. Wie die Fraktionen zum Thema stehen, ist mir bislang nicht bekannt. Bei den vorausgegangenen Gremiensitzungen war zugestimmt worden (sic!). Unsere Einwände waren da aber noch nicht bekannt (sic!). Im Stadtrat werde ich auf jeden Fall unsere Positionen darstellen und die Vorlage ablehnen.“ (E-Mail, 15.12.13)

Das hat der Ortsvorsteher von Kürenz dann auch in der Ratssitzung vom 19.12.13 wahr gemacht. Damit hat er seine zuvor im Dezernatsausschuss geäußerte Meinung, die wohlmöglich unter dem Fraktionszwang der CDU erfolgte, revidiert. Dort hatte er nach eigenen Angaben noch als ein „stellvertretendes Mitglied“ die Vorlage kritiklos akzeptiert! Bernd Michels (CDU) schreibt im Anschreiben des Briefes des Ortsbeirates Kürenz vom 02.12.13 an die Fraktionen, an den Stadtvorstand sowie an die zuständigen Dezernate:

„Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass ich als Ersatzmitglied im Dez.[ember] der vorliegenden Fassung [der Verwaltungsvorlage 418/2013] zugestimmt hatte. Ebenso hatte ich bei der Sitzung des Dez.[ernatsausschusses] II [deren reguläres Mitglied B. Michels für die CDU ist, J.V.] den Vorschlag gebilligt.“ (B. Michels, (CDU), Ortsvorsteher Kürenz, Brief vom 02.12.13)

Dieses Verhalten zeigt, dass es auch anders geht bzw. auch anders hätte gehen können, wenn man nur ein bisschen den eigenen Verstand bemüht!

Umso erstaunlicher ist es daher, dass die CDU-Fraktion ihren eigenen Mitstreiter im Stadtrat – wie schon zuvor bei der Abstimmung zum Schulentwicklungskonzept – alleine im Regen stehen lässt. Wenn man allerdings das Statement der schulpolitischen Sprecherin der CDU Dorothee Bohr auf besagter Stadtratssitzung am 19.12.13 zu Kenntnis nimmt, dann kann man nur mit dem Kopf – falls überhaupt vorhanden!? – schütteln. Sie äußert doch tatsächlich, dass die Unterführung in Kürenz „eine Zumutung für alle Fußgänger ob jung oder alt“ (TV,21/22.12.13) [sei], endlich ein wenig (sic!) auf Vordermann gebracht und damit sicherer werde [sic!], wie auch Regina Bux (SPD), Dominik Heinrich (Grüne) und Joachim Gilles (FDP) lobend [sic!] anmerkten“ (TV, ebd.).

Bei soviel Köpfchen scheint es durchaus ungehörig zu sein, laute Kritik an solch offenkundigem Unsinn zu äußern. Dennoch muss das sein! Denn diese korrupte Parteienmafia war schon für das zuvor unselige Ausgeknügele des Schulkonzeptes verantwortlich, dass allererst die missliche Schulwegsituation in Altkürenz geschaffen hat, wonach die Kürenzer Grundschul Kinder jetzt einen „besonders“ gefährlichen Schulweg zurückzulegen gezwungen sind, selbst dann noch, wenn die Verwaltung allen Ernstes darüber „sachgerecht“ streiten möchte, ob die Verwendung des Adjektivs „besonders gefährlich“ juristisch zutreffend ist oder nicht!? Fakt ist: Wer auch nur eigene Augen im Kopf hat, sieht wie sehr der Schulweg durch die Bahnunterführung in Altkürenz „gefährlich“ ist. Erst recht, wenn der Weg ohne eine Ampel sowohl in der vielbefahrenen Avelsbacher Straße als auch in der nicht weniger befahrenen Metternichstraße von den Grundschüler/innen unbeaufsichtigt, weil alleine, belaufen werden soll. Ganz offensichtlich hat Frau Bohr (CDU) schon nach dem Aussprechen ihrer eigenen Worte, dass die Unterführung in Altkürenz eine „Zumutung für alle Fußgänger ob alt oder jung“ (TV, ebd.) sei, vergessen, wenn sie gleichsam mit allen anderen kopflosen Stadträten die Verwaltungsvorlage in der unzureichenden Fassung des Bauamtes aus dem Grund billigt, damit die Unterführung „endlich ein wenig [sic!] auf Vordermann gebracht“ (TV, ebd.) werden könne. – Aber warum denn nur „ein wenig“ (TV, ebd.) wird man hier wohl verstört fragen dürfen? Warum also nicht vernünftig und gut? Warum also nicht nach den Vorschlägen des Ortsbeirates Kürenz, der sehr wohl die Verhältnisse vor Ort kennt und eigene Vorschläge unterbreitet hat? Warum weigert sich ein aufgeklärter Stadtrat, sich mit eigenen Augen ein Bild von der völlig unmöglichen Verkehrssituation in Altkürenz zu machen, wie weiland die Kardinäle in Rom, die sich auch vehement weigerten durch das Fernrohr von Galileo Galilei zu blicken, nur nicht, um nicht ihr eigenes falsches Welt- und Politikverständnis revidieren zu müssen? – Eine Ortsbegehung fand nicht statt!

Das gesamte politische Prozedere, das diese Verwaltungsvorlage durchlaufen hat, widerspricht zudem dem vom Stadtvorstand unter der Leitung von Oberbürgermeister Klaus Jensen Mitte des Jahres ausgehandelten Kompromiss zwischen den fünfzig parteiübergreifend rebellierenden Ortsbeiräten in Trier, die eine größere Mitbestimmung bei ortsrelevanten Entscheidungen – gegen den Widerstand der großen Partei-Fraktionen im

Rat – eingefordert hatten. Nach zahlreichen Diffamierungen, denen ich als einziges Mitglied des Ortsbeirates Kürenz ausgesetzt gewesen war – weshalb sich in meinem Fall eine zugesagte Anonymität, wie bei allen anderen Teilnehmer/innen, nicht durchhalten ließ (!) -, ist es besonders bitter zu sehen, wie zahlreiche ehemalige „Rebellen“ und Unterstützer der Forderungen der Ortsbeiräte aus den Stadtratsreihen der CDU, SPD und Grünen, nun ihre eigenen kommunalpolitischen Mitbestimmungsforderungen für Ortsbeiräte im Ernstfall im Stadtrat über den Haufen geworfen haben und gegen die begründeten Bedenken des Ortsbeirates Kürenz gestimmt haben, so dass die Verwaltungsvorlage „nur“ mit einer Gegenstimme vom Rat abgenommen wurde. Diese völlige Charakterlosigkeit hätte ich zwar im Stadtvorstand bei den erklärten Gegnerinnen der Forderung nach einer Stärkung der Mitbestimmung von Ortsbeiräten in der Stadtpolitik erwartet, nicht aber von deren Befürworter/innen im Rat, die selbst auch in den Ortsbeiräten vor Ort sitzen. Aber im Einzelfall, wenn es auf „je meine eigene“ moralische Integrität ankommt, ist den Damen und Herren im Rat der Stadt Trier doch ihr eigenes parteipolitisches Hemdchen – falls sie nicht ganz entblößt dastehen? – näher als die irgendwann einmal geäußerte wertige Überzeug, für die sie in den Medien ihr großes Lob schon lange eingefahren haben (vgl. TV-Berichterstattung). Auf diese Art und Weise bleibt die Trierer Stadtpolitik eben nur Klientel- und Lobbyistenpolitik:

„Baudezernentin Simone Kaes-Trochiani (CDU) und die Schuldezernentin, Bürgermeisterin Angelika Birk (Grüne), äußerten sich nicht zu Michels' Kritik“ (TV, ebd.).

Der Oberbürgermeister lässt es mit sich machen und feiert derweil im TV andere politische Erfolge (vgl. TV).

Das zynische, weil menschenverachtende, bei dieser Gesinnung bei der Politikgestaltung in Trier wird in der abschließenden Bemerkung des Artikels von Roland Morgen deutlich, wenn er die „Verwaltung“ mit folgenden Worten zitiert: Man hoffe, dass „zu Beginn des neuen Schuljahres der Schulweg ‚gefahrlos begangen‘ werden könne und damit „eine Schülerbeförderung per Bus nicht mehr nötig sei [sic!]“ (TV, ebd.).

An dieser Stelle werden die wahren Motive für das Schweigen der verantwortlichen Dezernentinnen sehr deutlich: Der Sonderbus, der derzeit die Grundschüler/innen von Kürenz nach Trier-Nord in die neue Schule befördert, soll keineswegs für andere Stadtteile Schule machen und als Exempel dienen. Denn auch in anderen Stadtteilen könnten die besorgten Eltern ebenfalls wegen der „besonderen“ Gefährlichkeit des Schulweges für ihre Kinder, eine Busbeförderung zur Schule einfordern, was die Stadt tunlichst verhindern will – sei es, was da komme -, obwohl schon von anderen Stadtteilen wegen einer Beförderung angefragt wurde (vgl. TV-Berichterstattung).

Wäre diese ganze Geschichte nicht so völlig absurd, dass die Verwaltung und die zuständigen politischen Gremien nicht die zuvor geäußerte Kritik des Ortsbeirates Kürenz an der Verwaltungsvorlage 418/2013 zur Kenntnis genommen haben, weil sie sie einfach nicht gelesen haben, könnte man an dieser Stelle belustigt schließen. Aber es kommt noch toller.

Die Linke im Trier Stadtrat ist seit geraumer Zeit nicht gerade dafür bekannt, kluge Entscheidungen zum Wohle der Menschen vor Ort in der Stadt mitzutragen. Und so muss ich tatsächlich im TV lesen, dass die „Linke“ Linde Andersen in ihrem weisen Statement zur Sache im Rat zwar „ebenfalls das Ignorieren der Vorschläge des Kürenzer Ortsbeirates kritisierte [sic!]“ (TV, ebd.), aber dann bei der Abstimmung im Rat mit allen anderen Ratsmitgliedern ebenfalls „dafür votierte“ (TV, ebd.) – wie auch schon Alwin Schmitz von der FWG zusammen mit seinen Genossinnen und allen anderen im Rat. Das entbehrt doch jeglichen vernünftigen Sinnes! Ich wage ja kaum zu fragen, wo denn meine geleibte „Linke“ Genossin Frau Werner (MdB) bei der Abstimmung war - oder nicht da war!? – Das Ganze ist dermaßen peinlich, dass das gebotene „Popo-Touching“, statt löblichem Schulterklopfen am Ende des Jahres, doch wohl eher sagenhaft mit einem „Knüppel aus dem Sack“ belohnt werden sollte. Gerechtigkeit ist eben auch in der Kommunalpolitik mitunter möglich!